

## Landesmedienanstalten: Steuerung der Rundfunkentwicklung?

Tagung der Arbeitskreise »Politik und Kommunikation« in der DGesPKw und in der DVPW am 6./7. November 1992 in Bergneustadt

Die Tagung des gemeinsamen Arbeitskreises »Politik und Kommunikation« der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGesPKw) stand unter dem Leitthema »Steuerung der Rundfunkentwicklung durch Landesmedienanstalten?«. Die Tagungsleitung lag bei *Prof. Dr. Heribert Schatz* (Universität GH Duisburg), der in seinem Einführungsreferat darauf hinwies, daß das Thema der Rundfunkentwicklung und der Steuerung durch die Landesmedienanstalten eine umfassende Betrachtung im Rahmen einer Tagung wert ist. Die gemeinsame Tagung beider Arbeitskreise trug dazu bei, das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln wissenschaftlich zu beleuchten.

Das Rundfunkrecht als Instrument der Rundfunksteuerung untersuchte *Prof. Dr. Hans J. Kleinsteuber* (Universität Hamburg) unter der Fragestellung »Das Ende verfassungsrechtlicher Medienpolitik? Zur Wandlung der deutschen Rundfunkordnung unter dem Einfluß der Kommerzialisierung«. Er kam zu der These, Juristen hätten in Deutschland immer schon stärker Medienpolitik gemacht als in vergleichbaren anderen Staaten.

Die politischen Aspekte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkaufsicht über Privatfunkprogramme in Bayern beleuchtete *Hannemor Keidel* (Institut für Sozialwissenschaften der TU München). In ihrem Beitrag gab sie eine kritische Analyse der Situation der Rundfunkaufsicht in Bayern wieder. Einen Vergleich zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Landesmedienanstalten zog *Dr. Dieter Kopetz* (Universität Münster) in seinem Beitrag »Landesmedienanstalten und Lizenzvergabeverfahren in den neuen Bundesländern«. Er zog eine Bilanz über die Schwierigkeiten bei der Zulassung privater Programmanbieter und die aktuelle Aufbausituation in den neuen Landesmedienanstalten und hob hervor, daß der Parteeinfluß bei der Besetzung der Direktorenposten in allen neuen Ländern groß sei und auch in den Aufsichtsgremien von starkem Parteeinfluß die Rede sein kann.

Innovative Regelungskonzepte im Rundfunkrecht standen im Mittelpunkt des Beitrages von *Thorsten Grothe* und *Wolfgang Schulz* (Universität Hamburg). Am Beispiel der Implementation des Zwei-Säulen-Modells für den Lokalfunk in Nordrhein-Westfalen stellten sie steuerungstheoretische Überlegungen an.

Mit der Forschungsförderung und der Forschungssteuerung durch die Landesmedienanstalten befaßte sich der Beitrag von *Prof. Dr. Otfried Jarren* (Institut für Journalistik der Universität Hamburg), den Thorsten Grothe verlas. Die Gedanken des Beitrages aufgreifend nahm *Peter Widlok* (Landesanstalt für Rundfunk NRW, Düsseldorf) in seinem Beitrag Stellung zur Forschungspolitik der Landesmedienanstalten aus der Sicht des Praktikers. In seinen Beispielen ging er in erster Linie auf die Förderungspraxis der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen ein, die das anwesende Fachpublikum sehr deutlich kritisierte.

Der Anspruch und die praktische Umsetzung der Programmkontrolle durch die Landesmedienanstalten standen im Mittelpunkt des Beitrages von *Silke Holgersson* (Institut für Journalistik der Universität Hamburg), während *Kurt R. Hesse* (Universität Bamberg) die wissenschaftliche Methode der Inhaltsanalyse als Instrument der Programmkontrolle vorstellte und deren Vor- und Nachteile darstellte. Die besondere Programmpolitik der Landesmedienanstalten im Zusammenhang mit den Offenen Kanälen beleuchtete *Stephan Tiersch* (Universität Trier, Forschungsprojekt Offene Kanäle in Rheinland-Pfalz) und ging in seinem gemeinsam mit *Winand Gellner* (Universität Trier) erstellten Beitrag auf die besondere Verpflichtung der Landesmedienanstalten zur Förderung der Offenen Kanäle ein. Die Rundfunkpolitik aus der Sicht eines Rundfunkanbieters beleuchtete unter juristischen und rundfunkpolitischen Aspekten *Thomas Müller* (Studio Schleswig-Holstein GmbH), wobei er die unternehmerische Seite des privaten Rundfunks herausstellte.

Die vom Themenspektrum vielschichtige Veranstaltung endete mit einer Podiumsrunde zur Evaluation und Funktionskontrolle der Landesmedienanstalten unter der Fragestellung »Kontrolleure oder Papiertüger?« Kontrovers wurde diese Frage von dem hochkarätig besetzten Podium (Prof. Dr. Martin Stock, Universität Bielefeld, Prof. Dr. Axel Zerdick, FU Berlin, Dr. Helmut Haeckel, Direktor der Hamburgischen Landesmedienanstalt, Helmut G. Bauer, Radio NRW GmbH, Oberhausen) unter der Diskussionsleitung von Prof. Dr. Heribert Schatz diskutiert. Trotz der deutlichen Kritik an den Landesmedienanstalten konnten sich die Gesprächsteilnehmer nicht auf eine gemeinsame Bewertung verständigen. Festzuhalten bleibt, daß die Veranstaltung impulsgebend für die wissenschaftliche Zusam-

menarbeit beider Vereinigungen war. Das wichtige Thema der Rundfunkentwicklung und der Steuerung durch die Landesmedienanstalten wird auch künftig Politikwissenschaftler und Publizisten gleichermaßen beschäftigen. Die Beiträge der Tagung sind inzwischen veröffentlicht in: Otfried Jarren / Frank Marcinkowski / Heribert Schatz (Hrsg.): Landesmedienanstalten –

Steuerung der Rundfunkentwicklung? Jahrbuch 1993 der Arbeitskreise Politik und Kommunikation. Münster und Hamburg 1993.

Die nächste Tagung der Arbeitskreise findet vom 8. bis 10. Oktober 1993 zum Thema »Was ist ein ›Duales System‹?« in Flecken (Brandenburg) statt.

DIETER KOPETZ

## Kirchenzeitungen – Ende oder Wende?

Tagung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain am 27./28. Januar 1993

»Ich will keine Krise herbeireden«, sagte Hans Gerhard Gensch vom Evangelischen Presseverband Frankfurt, Chefredakteur der Evangelischen Kirchenzeitung für Hessen und Nassau; er hatte diese – wie er sagte – erste Tagung initiiert: »Bewußt ohne Referenten aus dem eigenen Bereich« der Kirchengebetszeitungen. Ob die »immer mehr Teil der Öffentlichkeitsarbeit von Kirche werden«? Die Frage stand wohl hinter der Referentenauswahl. Ein Chefredakteur sah jedoch in Günther Benteles Vergleich mit betriebsinternen Mitarbeiter-(PR-)Blättern – einen »Lapsus«.

Je ungefähr 20 evangelische und katholische Kirchengebets-Wochenzeitungen heißen »Der Sonntag«, »Der Weg«, »Aufbruch« ... Seit Jahrzehnten war keine der Auflagen »stabil oder gar steigend«, sagen die katholischen Blätter diplomatisch. Sie drucken in Münster am meisten, in Fulda am wenigsten – zusammen etwas 1,4 Millionen Bistumszeitungen pro Woche. Immer weniger Leser findet auch die evangelische Kirchenpresse im alten Bundesgebiet.

In Ostdeutschland hatten die evangelischen Zeitschriften früher ausgesprochen treue Leser, sie waren kritischer als andere. Lutz Borgmann, Chefredakteur des »Berlin-Brandenburgischen Sonntagsblattes«: »Alle haben nach der Wende etwa ein Drittel ihrer Leserschaft verloren. Früher kostete so im Durchschnitt eine Kirchenzeitung 15 Pfennig, jetzt eine Mark. Das stört besonders Rentner. Die Toleranzschwelle bei den Lesern ist gesunken: Sie bestellen viel schneller ab, wenn sie mit einem Beitrag nicht zufrieden sind. Sie reagieren sehr heftig in Leserbriefen; vor der Wende ließ man sich manches gefallen.«

Die in Brandenburg erscheinende »Kirche« und das Westberliner »Sonntagsblatt« sind aus Kostengründen zusammengelegt zum »Berlin-Brandenburgischen Sonntagsblatt«. Daneben existieren nach wie vor fünf Kirchenzeitungen in Mecklenburg, in Thüringen, in Sachsen und im Berliner Raum zwei.

Die Hälfte der Abonnenten auch westdeutscher Kirchenzeitungen sind Pensionäre. Anders als früher erbt man Abos nicht mehr gern. Was für den einen ein Kündigungsgrund ist, gefällt anderen; Beispiel: »Sie

sind uns zu links!« Immer wieder sprechen Chefredakteure darüber und über Drückerkolonnen der meisten Verlage. Sie bedrücken, sind »mit dem Inhalt der Kirchenzeitungen gar nicht vereinbar«.

Aufgedrängte Kirchenzeitungs-Abonnements werden erwartungsgemäß nicht lange behalten. Ohne sie gäbe es einen zusätzlichen, nicht auch noch zu verkraftenden Schwund.

Die Diskussion der Inhalte wird durch diese Überlegungen bestimmt: Mehr »(warme) sozialdiakonische« Artikel über ambulante Pflegedienste etwa, über »Beispiele von (trotz allem) gelingendem Leben, mit »Sinnfragen, die über den Augenblick hinaus gehen«, wünschen sich Kirchenzeitungs-Redakteure, z. B. Andreas Krzock vom »Weg« – aber nicht »gartenlaubenmäßig aufgeblasen«, sondern als »sozialdiakonischen Nachrichten-Journalismus«.

Sie meinen Berichte, die so in anderen Blättern zu kurz kommen: Die mit »Kirche« ganz direkt nichts oder nur bedingt zu tun haben müssen. Nach Michael Strauß (Verfaßte Neuordnung. Über die »Krise« der evangelischen Publizistik. In: »Journalist«, 43. Jg. 1993/Heft 2, S. 37ff.) sollten sich Kirchenzeitungen »nicht als kirchliches Mitteilungsblatt oder als kirchliche Mitgliederzeitschrift verstehen, sondern eher als Anwalt derer, die im allgemeinen Medienangebot zu kurz kommen. Angesichts eines Medienmarktes, der immer einförmiger wird, könnte ihnen mitunter die Rolle einer Alternativpublizistik zufallen.«

Bringt das Kirchenzeitungen aus der Krise? Dr. Karl Schaedel, für Kirchengebetspresse zuständiger Redakteur beim (überregionalen) Evangelischen Pressedienst epd, warnt vor überforderndem »Appellations-Journalismus«, zu viel »anzuklagen« und womöglich Spenden, Ehrenamtliches einzuklagen.

Ob Beispiele vorbildlichen Verhaltens etwa im sozialen Bereich Leser aufmuntern? Einige Chefredakteure wollen vor allem aktueller über Kirchenratssitzungen berichten. Der Tagesaktualität bräuchten sie nicht hinterherzuhecheln, meinen andere. Ob der Begriff »Kirche« abstößt, vielleicht am besten entfiehe? Wenn ohnehin eine Titeländerung ansteht und das Blatt etwa »Un-